

Budgetärer Dambruch

EU-Rat einigt sich auf die (Rüstungs-)Haushalte 2021 bis 2027

von Jürgen Wagner

Am Ende des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 17. bis zum 21. Juli 2020 stand eine Einigung über den EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 und über den Umfang des ergänzenden sogenannten Coronapaketes. Demzufolge soll der offiziell Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) genannte EU-Haushalt 1074,3 Mrd. Euro und das Coronapaket weitere 750 Mrd. Euro (390 Mrd. an Zuschüssen und 360 Mrd. an Krediten) umfassen. Zwar steht insbesondere dem Coronapaket noch ein steiniger Weg bevor, aber beim EU-Haushalt ist es wahrscheinlich, dass er in der vom Rat vorgeschlagenen Weise von der Kommission und dem EU-Parlament akzeptiert werden dürfte. Nach über zweijährigen Verhandlungen hatten sich die Zahlen von Rat und Kommission immer weiter angenähert, auch und gerade was den Umfang diverser Rüstungstöpfe anbelangt, wodurch die einstmalige „Zivilmacht Europa“ erstmals auch offiziell eine Art Rüstungshaushalt erhält.

Rüstungshaushalte Erster Akt

Bereits im September 2016 [schlug](#) der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erstmals die Einrichtung eines „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) vor. Im Mai 2018 folgte dann ein offizieller [Kommissionsvorschlag](#) für den nächsten EU-Haushalt 2021 bis 2027. Vorgesehen waren darin 11,5 Mrd. für den EVF, dessen Sinn und Zweck darin besteht, die Erforschung und Entwicklung europaweiter Rüstungsprojekte zu finanzieren. Ferner waren 5,8 Mrd. Euro für die „Militärische Mobilität“ enthalten, mit der die Infrastruktur in Osteuropa für schnelle Truppen- und Gütertransporte Richtung Russland „ertüchtigt“ werden soll. Und schließlich wurden 14,2 Mrd. Euro für Europäische Raumfahrtprogramme eingestellt, vor allem für Copernicus und Galileo, die von großer militärischer Bedeutung sind. Bei diesen Angaben handelt es sich immer um Preise von 2018, die

deutlich unter den laufenden Preisen liegen (beim Verteidigungsfonds etwa 13 Mrd. Euro statt der 11,5 Mrd. Euro in Preisen von 2018). In etwa zeitgleich schlug die Kommission auch die Einrichtung einer „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF) vor, die allerdings außerhalb des offiziellen EU-Budgets angesiedelt ist. Dennoch sollen künftig über die EFF 35% bis 40% der Kosten von EU-Militäreinsätzen finanziert werden können. Zwar existiert bereits ein ähnliches Finanzierungsmodell namens ATHENA-Mechanismus, darüber war es bislang aber „nur“ möglich, zwischen 5% und 15% der Kosten von EU-Militäreinsätzen zu finanzieren. Den Rest mussten die beteiligten Staaten für ihren Anteil am Einsatz aus eigener Tasche bezahlen, was – nachvollziehbarerweise – der Motivation diverser Länder, sich militärisch zu engagieren, nicht eben förderlich war. Aus dem [EFF-Entwurf](#) von Außenbeauftragter und Kommission wird deshalb ersichtlich, dass hierüber ein „Anreizsystem“ zur Beteiligung an Militäreinsätzen geschaffen werden soll: „Mit der Fazilität wird ein fester Fonds geschaffen, was die Einleitung neuer Operationen erleichtern und die Wirkung und Planbarkeit laufender Maßnahmen verbessern wird. Die mehrmaligen Überprüfungen des Mechanismus Athena haben nicht zu einer deutlichen Erweiterung des Umfangs der gemeinsam zu finanzierenden Kosten geführt. Der Vorschlag für die Fazilität hat zum Ziel, mehr Kosten gemeinsam zu finanzieren und ein Anreizsystem für die Mitgliedstaaten zu schaffen, sodass militärische EU-Operationen oder militärische Aufgaben, die der Rat gemäß Artikel 44 EUV einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen kann, leichter durchgeführt werden können.“ Auch ein zweiter Bereich soll künftig über die EFF finanziert werden: die Ausbildung und besonders Aufrüstung befreundeter Regierungen oder Rebellen. Hierzu [schreiben](#) Kommission und Außenbeauftragte: „Überdies wird die Fazilität den militärischen Operationen der EU ermöglichen, im Rahmen ihres Mandats integrierte Paketlösungen, die Sicherheit, Ausbildung,

Entwicklung der vorgeschlagenen EU-Finanzierung im Verteidigungsbereich während des Verhandlungsprozesses über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 (Preise von 2018)

Vorschlag	Europäischer Verteidigungsfonds	Europäische Friedensfazilität	„Militärische Mobilität“	Raumfahrtprogramm
EU- Kommission, 2.5.2018	€11,453 Mrd.	€9,223 Mrd.	€5,767 Mrd.	€14,196 Mrd.
Finnische EU-Ratspräsidentenschaft, 5.12.2019	€6,014 Mrd. (-47%)	€4,5 Mrd. (-51%)	€2,5 Mrd. (-57%)	€12,702 Mrd.(-11%)
EU-Ratspräsident, 14.2.2020	€7,014 Mrd. (-39,%)	€8 Mrd. (-13%)	€1,5 Mrd (-74%)	€13,202 Mrd. (-7%)
Technisches Dokument der EU-Kommission, 21.2.2020	N/A	€4,5 Mrd. (-51%)	€0 (-100%)	€12,3 Mrd. (-13%)
EU-Kommission, 27.5.2020	€8 Mrd. (-30%)	N/A	€1,5 Mrd (-74%)	€13,196 Mrd. (-7%)
EU-Ratspräsident, 10.7.2020	€7,014 (-39%)	€5 Mrd. (-46%)	€1,5 Mrd (-74%)	€13,202 Mrd. (-7%)
Einigung des EU-Rates, 21.7.2020	€7,014 (-39%)	€5 Mrd. (-46%)	€1,5 Mrd (-74%)	€13,202 Mrd. (-7%)

Bereitstellung von Ausrüstung und direkte militärische Unterstützung bündeln, anzubieten und so im Einsatzgebiet voll und umfassend tätig zu werden.“ Auch hierfür existierte bislang ein außerhalb des EU-Haushaltes angesiedelter Topf, die ausgerechnet mit Geldern des „Europäischen Entwicklungsfonds“ bestückte „Afrikanische Friedensfazilität“. Allerdings unterlag dieses Instrument aus Sicht der Befürworter einer expansiven Militärpolitik erheblichen Einschränkungen: Geographisch betraf das die Beschränkung auf afrikanische Länder und funktional war es untersagt, „letale“ Güter, also besonders schweres Kriegsgerät, zu liefern. Um diese „Defizite“ zu überwinden, schlug die Kommission im Juni 2018 vor, besagte Friedensfazilität mit 9,2 Mrd. Euro für die Jahre 2021 bis 2027 zu bestücken (wieder in Preisen von 2018).

Kampf um den Haushalt

Dem EU-Haushalt 2021 bis 2027 müssen sowohl die Kommission, das Parlament als auch die im Rat versammelten Staaten zustimmen. Nachdem es unter den Mitgliedsländern teils massive Widerstände gegen die von Kommission und Parlament gewünschte Erhöhung des EU-Gesamthaushaltes gab, überraschte die finnische Ratspräsidentenschaft im Dezember 2019 mit einem „Verhandlungsbox“ genannten **Vorschlag**, in dem einige der geplanten Rüstungstöpfe erheblich gekürzt wurden. Vergleichsweise glimpflich kamen noch die großen Weltraumprogramme davon, für die 12,7 Mrd. Euro statt noch im Kommissionsvorschlag 14,2 Mrd. Euro vorgeschlagen wurden. Kräftig Federn lassen mussten aber die Friedensfazilität mit 4,5 Mrd. Euro sowie die Militärische Mobilität mit 2,5 Mrd. Euro.

Und auch der Europäische Verteidigungsfonds kam alles andere als ungeschoren davon: Für ihn schlug die finnische Ratspräsidentenschaft nur noch 6 Mrd. Euro statt der von der Kommission anvisierten 11,5 Mrd. Euro vor. Das wollte nun die Kommission wiederum nicht hinnehmen und präsentierte Anfang Juni 2020 ihre **Vorstellungen** für die Europäische Friedensfazilität, die nun mit 8 Mrd. Euro befüllt werden sollte. Schon zuvor, Ende Mai, wurden die **Vorschläge** für den nächsten EU-Haushalt vorgelegt und die Zahlen wieder teils erheblich nach oben verschoben. Konkret wurden für die Weltraumprogramme 14,9 Mrd. Euro vorgesehen, also sogar noch mehr als noch im Mai 2018 (wieder alles in Preisen von 2018). Für den Europäischen Verteidigungsfonds schlug die Kommission einen Betrag von 9,08 Mrd. Euro vor, was wieder deutlich über den Vorstellungen der finnischen Ratspräsidentenschaft lag. Einzig die Militärische Mobilität musste mit nunmehr nur noch 1,69 Mrd. Euro weiter Federn lassen. Den bislang letzten Aufschlag machten dann die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen, wo am 21. Juli 2020 eine Einigung erzielt wurde. Dabei wurden 7,014 Mrd. Euro für den Europäischen Verteidigungsfonds und 1,5 Mrd. für die Militärische Mobilität **vorgeschlagen**. Die EU-Weltraumprogramme sollen nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs 13,202 Mrd. Euro erhalten und für die EFF sind 5 Mrd. Euro vorgesehen (Preise von 2018). Zwar steht eine endgültige Einigung weiter aus, vergleicht man aber die Zahlen von Kommission und Rat so ist nicht zu übersehen, dass beide sich sukzessive annähern. Lange dürfte es deshalb wohl leider nicht mehr dauern, bis die Militärmacht Europa auch finanziell Gestalt annimmt.